

presse

Castor-Transporte: Atommüll-„Entsorgung“ auf Kosten der Steuerzahler

Zu den Castor-Transporten nach Lubmin, die nach Auskunft der Bundesregierung "unabdingbar notwendig sind" und zum Fehlen einer verursachergerechten Kostenbeteiligung der AKW-Betreiber erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss, Klaus Hagemann:

Bei den Castor-Transporten aus der früheren Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) kommt das weit verbreitete Geschäftsmodell der Betreiber von Atomkraftwerken zum Tragen: 100 Prozent dieses Atommülls stammen aus AKWs; die Risiken und Nebenwirkungen werden hingegen beim Steuerzahler abgeladen. Als Nebeneffekt der AKW-Laufzeitverlängerung wird die Gesellschaft darüber hinaus bis hinein in den CDU-Landesverband der Kanzlerin, der für eine Nutzung des Zwischenlagers Lubmin ausschließlich für demontierte radioaktive Teile aus den stillgelegten DDR-Kernkraftwerke plädiert, gespalten.

Die reinen Transportkosten der Castoren aus Karlsruhe - ohne die Aufwendungen für den Einsatz der Polizeien des Bundes und der Länder - belaufen sich nach Angaben der Bundesregierung auf 2,3 Millionen Euro. Für die Lagerung der verglasten hochradioaktiven Abfälle fallen jährlich über lange Zeit jeweils weitere 200.000 Euro an, so das Bundesumweltministerium auf SPD-Anfrage. Die ursprünglichen Verursacher des Atommülls werden bis heute zu diesen Kosten nicht im angemessenen Umfang finanziell herangezogen. Sie waren dank eines früheren CDU-Forschungsministers lediglich an den Gesamtprojektkosten der Stilllegung der WAK mit einem gedeckelten Betrag beteiligt. Die Zeche zahlen dafür heute allein die Steuerzahler.